

CDU und SPD werden sich nicht grün

POLITIK Warum Schortens' SPD weiterhin für einen Beitritt der Stadt zum Biosphärenreservat wirbt

Für Schortens eröffnet die Auszeichnung viele Chancen meint die SPD. Sie sucht den Dialog mit den Landwirten.

VON ATTO IDE

SCHORTENS – Die Kontroverse um einen Beitritt der Stadt Schortens zur Entwicklungszone des Biosphärenreservats geht weiter. Während die CDU-Fraktion mit einem Fragenkatalog an die Stadtverwaltung ihre Bedenken artikuliert hatte, bekräftigte der SPD-Vorstand nun noch einmal, dass die Partei dem Beitritt zustimmen wird.

Er erwarte, dass mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP eine klare Mehrheit zustande kommt, betonte SPD-Fraktionschef Udo Borkenstein. Ebenso wie die Anerkennung als Luftkurort sei der Beitritt zum Biosphärenre-



Demo der Landwirte vor dem Bürgerhaus im Juli gegen den geplanten Beitritt der Stadt Schortens zum Biosphärenreservat..

BILD: OLIVER BRAUN

servat für Schortens eine Auszeichnung, die in vielen Bereichen positive Auswirkungen haben werde.

Sehr emotional sei die Diskussion mit den Landwirten geführt worden. Das sei insofern verständlich, als die Landwirte in den letzten Jahrzehnten viele Einschränkungen haben hinnehmen müssen. Mit

dem Biosphärenreservat werden aber solche Einschränkungen nicht verbunden sein, weil alle Projekte vor Ort entwickelt würden, natürlich auch im Gespräch mit der Landwirtschaft, meint Borkenstein.

Ein konkretes Beispiel brachte Borkenstein aus dem Urlaub im Biosphärenreservat

Elbtalau mit. Für Blühstreifen, die Landwirte auch hier auf freiwilliger Basis anlegen, werden sie dort bezahlt. Auch am Beispiel Sande könne man sehen, dass das Biosphärenreservat Möglichkeiten biete, an Fördermittel zu kommen, die der Stadt sonst verwehrt blieben. Die Paddel- und Pedalstation und Altmarienhausen

seien so gefördert worden. Und einen Aufschrei der Landwirte habe es in Sande nie gegeben.

In Schortens könnten die Weiterentwicklung des Klosterparks und des Ensembles um das Forsthaus mögliche Projekte sein, ergänzte Anne Bödecker. Die Planungshoheit der Stadt werde nicht angetastet und alle Projekte würden vor Ort entwickelt.

Zur Arbeit der neu eingerichteten Arbeitsgemeinschaft Haushalt äußerte sich deren Vorsitzender Detlef Kasig – ebenfalls nach Kritik der CDU: Die Arbeit sei konstruktiv angelaufen, sagt Kasig. Allerdings sei die Kritik der CDU, die AG Haushalt komme nicht in die Gänge, alles andere als konstruktiv. „Der Ausfall der Sitzungen im Juli und August hat schlicht damit zu tun, dass wir noch keine belastbaren Zahlen über die Auswirkungen der Krise haben“, so Kasig.